



## **Resolutionsentwurf für die im Kreistag vertretenen Fraktionen**

### **Der Kreistag Unna**

- **bringt seine Sorge über die anhaltend unsichere Lebenssituation der langfristig geduldeten Flüchtlinge zum Ausdruck.**
- **spricht sich gemeinsam mit den beiden großen Kirchen, deren Wohlfahrtsverbänden, dem Diakonischen Werk und dem Caritasverband, sowie gemeinsam mit der Bundeskonferenz der Integrations- und Ausländerbeauftragten für die Aufhebung der Befristung in der gesetzlichen Altfallregelung nach § 104 a, b Aufenthaltsgesetz (AufenthG) auf den 31.12.2009 und gleichzeitig für eine effektive und nachhaltige Gewährleistung eines humanitären Bleiberechts aus.**
- **erinnert an die Intention des Gesetzgebers aus dem Jahr 2007, ein Bleiberecht für langfristig in Deutschland lebende geduldete Flüchtlinge zu gewähren, und stellt mit Bedauern fest, dass das gesetzlich angestrebte Ziel nur für eine Minderheit der Flüchtlinge erreicht werden konnte.**
- **appelliert an Bundesregierung und Bundestag, eine gesetzliche Neuregelung mit dem Ziel eines effektiven humanitären Bleiberechtes rechtzeitig zu beschließen.**

### **Begründung:**

Die im Sommer 2007 vom Bundestag beschlossene Bleiberechtsregelung für langfristig geduldete Flüchtlinge sollte die sogenannten "Kettenduldungen" abschaffen und den mehr als 100.000 Geduldeten, die seit vielen Jahren bei uns leben, eine Perspektive für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland geben. Nun läuft zum 31.12.2009 die Frist für Anträge nach der gesetzlichen Altfallregelung aus.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass aus Gründen, welche die Betroffenen nicht zu vertreten haben, der überwiegende Teil der potenziell Begünstigten die mit der Altfallregelung verbundenen Anforderungen nicht erfüllen können und ihr entsprechender Antrag abgelehnt worden ist, sofern sie nicht von vorneherein auf eine Antragstellung verzichtet haben. Hierunter sind auch viele ältere, kranke und erwerbsunfähige Menschen. Nach heutigem Kenntnisstand konnten bundesweit bisher nur rund 6.500 Geduldete einen dauerhaften Aufenthaltsstatus nach der Altfallregelung erhalten, während sich die Zahl derjenigen Geduldeten, denen eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe erteilt worden ist, auf über 30.000 belaufen dürfte. Diese Menschen müssen nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt überwiegend eigenständig durch Erwerbsarbeit sichern können. Gelingt dieser Nachweis nicht, verlieren sie ihren Aufenthaltstatus und fallen wieder in den Status der Duldung zurück.



Angesichts der erheblichen Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass der geforderte Nachweis in den meisten Fällen nicht gelingen wird. Zum einen haben sich die Möglichkeiten, auf dem Arbeitsmarkt überhaupt eine regelmäßige Beschäftigung zu finden, erheblich verschärft, zum anderen ist es noch schwieriger geworden, eine regelmäßige Beschäftigung mit einem Einkommen zu finden, das den Erwerbstätigen und gegebenenfalls ihren Familie im geforderten Umfang von staatlichen Transferleistungen unabhängig machen würde. Förder- bzw. Qualifizierungsprogramme wurden leider erst so spät angeboten, dass diese Hilfen nicht mehr fristgerecht greifen können.

Auch die Ausländerbehörden dürfen am Ende des Jahres nicht mit dem Problem allein gelassen werden. Im Kreis Unna sind hunderte von Menschen bei derzeitiger Rechtslage nach dem 31.12.2009 konkret von einer Abschiebung bedroht.

Die Praxis der Kettenduldung muss beendet werden. Es muss eine Lösung gefunden werden, die der Absicht der Bleiberechtsregelung tatsächlich gerecht wird und vielen langjährig hier lebenden Flüchtlingen eine sichere Perspektive der Integration bietet. Dazu ist es erforderlich, die bestehende Altfallregelung kurzfristig nachzubessern und den Stichtag 31.12.2009 fallen zu lassen sowie möglichst bald durch eine Nachfolgeregelung zu ersetzen, die keine Stichtagsregelung enthält. In dieser Nachfolgeregelung müssen die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung so korrigiert werden, dass sie der realen Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation Rechnung tragen. Für Kinder, sowie für ältere, kranke bzw. erwerbsunfähige Personen müssen zusätzliche humanitäre Aspekte gelten und kurzfristig Lösungen gefunden werden.



Caritasverband für den Kreis Unna e.V.

gez. Franz-Josef Chronsik



Flüchtlingsrat im Kreis Unna

gez. Hans-Ulrich Bangert



**Caritasverband für den Kreis Unna e.V.**  
Fachbereich Integration und Migration  
Höingstraße 5-7  
59425 Unna

# Arbeitskreis Asyl! Schwerte

Arbeitskreis Asyl Schwerte

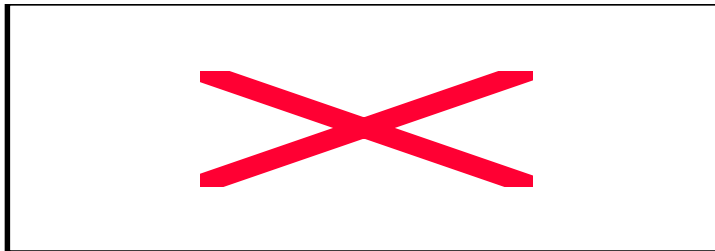
gez. Hans-Bernd Marks



**KIRCHENKREIS UNNA**

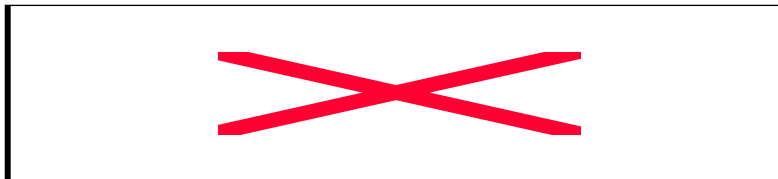
Evangelischer Kirchenkreis Unna

gez. Superintendentin Annette Muhr-Nelson



Dekanat Unna

gez. Dechant Norbert Nacke



Integrationsrat Unna

gez. Ksenija Sakelsek



Amnesty international Unna Gruppe 1080

gez. Manfred Hartmann



**Caritasverband für den Kreis Unna e.V.**  
Fachbereich Integration und Migration  
Höingstraße 5-7  
59425 Unna

Seite 4



Kirchlich-Diakonischer Dienst  
für Integration Unna-Massen

gez. Helge Hohmann



Zivilcourage für Kamen

gez. Gabi Lenkenhoff



IN VIA katholische Jugendsozialarbeit Unna e.V.

gez. Petra Freitag